Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlin's: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. — Cassel: Th. Diederich & Co. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Jäger's Buchhandl. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Noothaar, Jacob Türkheim, Adolf Steiner. — Hannover: Carl Schlesinger. — Mainz: D. Frenz. — Minden: C. Marowsky.

Würzburg: Stahel's Buchhandlung. — Wien: A. Oppelik, Stubenbastei 2. — England, Frankreich, Holland und Belgien: G. L. Daube & Co. in Paris, 31bis Faubourg Montmartre et 21 Passage Verdeau. — Für Frankreich: Havas, Laffite & Co., Place de la Bourse 8. — Polen und Russland: Rajchman & Frendler in Warschau, Senatorenpalast 22.

Nr. 241. **Berlin, Donnerstag den 19. Juni 1879.** **18. Jahrgang.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf.**, für Berlin nehmen sämmtliche Spediteure, Post-Expeditionen, sowie die Expedition dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32**, Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** incl. Bringerlohn entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition an. Preis pro fünfspaltige Petitzeile **40 Pf.** Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW. Wilhelmstr. 32**, zu richten, **und wird gleichzeitige Honoraranzahe erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung**, unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition **frankiren** alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur **frankirte** Briefe an.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 19. Juni.

Wenngleich die hier in Berlin so feierlich eingeleitete „Anti-Kornzoll-Bewegung" längst von ernsthafteren Dingen überholt und als ein mehr oder minder komisches Intermezzo neben allen anderen Dekorationsstücken des Berliner „Städtetages" in die Rumpelkammer gewandert ist, wollen wir doch einer uns aus Gera zugehenden Korrespondenz an dieser Stelle einen Platz einräumen, nicht allein weil sie eine außerordentlich zutreffende Illustration jener „Bewegung" bietet, sondern weil die thatsächlichen Verhältnisse an vielen anderen Orten Deutschlands im Wesentlichen damit übereinstimmen.

Die Zuschrift lautet:

„Auf den Tisch des Reichstages ist seit einigen Tagen eine Petition niedergelegt, welche eine köstliche Illustration zu der in Sachen der Getreidezölle betriebenen Agitation bietet und den Werth der Anti-Kornzoll-Petitionen vortrefflich kennzeichnet. Sie stammt von dem Stadt- und Gemeinderath Gera, und darin liegt das Originelle dieser Petition. Die Stadt Gera ist nämlich eine der wenigen Städte, wenn nicht die einzige Stadt Deutschlands, (O nein! Die Red.) in welcher alle Konsumtionsgegenstände, die in ihre Mauern eingeführt werden, einer Eingangsabgabe unterworfen sind, gleichviel, ob sie „die nothwendigsten Lebensmittel und Bedürfnisse der Bevölkerung" belastet oder nicht. Jedes Stück Vieh, jedes Stück Fleisch, jedes Rebhuhn, jeder Krammetsvogel, jede Taube, jeder Fisch, jeder Karren oder Scheffel Getreide, Brod, Eier, Butter und dergleichen, auch Torf, Kohlen, Koaks, Holz, ja selbst der Karren Scheuer- und Streusand unterliegt einer Eingangssteuer. Wir wollen den städtischen Behörden daraus keinen Vorwurf machen; im Gegentheil billigen wir diese Steuer ausdrücklich. Denn wir Geraer liefern der Welt den praktischen Beweis, daß diese Steuer keineswegs die Lebensmittel vertheuert, wohl aber die direkten Abgaben der Bevölkerung vermindert. Trotzdem hat sich der hiesige Gemeinderath, unter dem beherrschenden Einfluß eines fortschrittlichen Heißsporns, veranlaßt gefühlt, gegen die Kornzölle zu demonstriren und der Stadtrath, welcher die wohlthätigen Wirkungen unserer städtischen Kornzölle täglich vor Augen sieht, hat in dasselbe Horn gestoßen und im Namen der Humanität eine Petition gegen die Getreidezölle vom Stapel gelassen. Das Ungeheuerliche gerade dieser Petition dürfte damit hinreichend erwiesen sein. Die Ironie des Zufalls wollte es indeß, daß in demselben Augenblick, in welchem im Reichstage die großen Worte gegen die Getreidezölle fielen und im Geraer Gemeinderathe der „unerbittliche" Nachweis geliefert wurde, in welchem Maße die Getreidezölle das Brod vertheuern müßten, hier in Gera eine Aktien-Brodbäckerei entstand, welche das Pfund Brod um zwei Pfennige billiger verkauft, als jeder Bäcker, und daß diese somit gezwungen wurden, die Brodpreise gleichfalls zu ermäßigen. In Anblick auf die bevorstehenden allgemeinen Getreidezölle und unter dem Druck der städtischen Getreideabgaben essen wir also das Brod billiger als bisher, und in Anbetracht dieser Umstände muß die Geraer Kornpetition ganz besonders ins Gewicht fallen. Freilich von unserem Stadtrath, der sich auch bei dem letzten Jubelfeste unseres Kaiserpaares so würdig benommen hat, daß er jetzt überall in schmeichelhaftester Weise besprochen wird, ist Alles zu erwarten. Namentlich wenn er seine „liberale" Gesinnungstüchtigkeit in das rechte Licht zu stellen hofft."

Die „liberale" Gesinnungstüchtigkeit — das ist eben die Quelle, aus welcher die ganze Demonstration erflossen ist, welche ausschließlich eine politische war. Dies gilt namentlich auch für Berlin selbst, wo einige fortschrittliche Stadträthe sich berufen glaubten, dem ersten Rathgeber ihres Königs den Fehdehandschuh hinzuwerfen, und sich dann geschickter Weise zu dieser Demonstration eines bekannteren und politisch glaubwürdigeren Namens bedienten, als vielleicht der ihrige und der des Abgeordneten Eugen Richter gewesen sein würde.

Es ist eigentlich überflüssig, die Reminiszenzen des Anti-Kornzoll-Festessens im Berliner Zoologischen Garten noch einmal dem Gedächtniß der Mitlebenden zu erneuern, aber die Thatsache ist immerhin zu konstatiren, daß ebenso wie ein bedeutender Theil der Berliner Stadtverordnetenversammlung längst zu der Erkenntniß gekommen war, daß ohne eine seitens der Regierung zu bewirkende Steuerreform die Rückkehr zur Mahl- und Schlachtsteuer kaum zu vermeiden sein würde, so auch von den gefeiertsten Persönlichkeiten jenes Städtetages die Unhaltbarkeit und Unbilligkeit der jetzigen direkten Besteuerung längst und wiederholt ausgesprochen worden war.

Zu bedauern bleibt an jener verfehlten Kundgebung höchstens das Eine, daß ungeachtet der nahe liegenden Parallele mit sehr ernsten Erfahrungen auf der vaterländischen Geschichte die Gemeindevertretung der Haupt- und Residenzstadt Sr. Majestät des Kaisers sich an die Spitze demonstrativer Kundgebungen gegen eine Politik gestellt hatte, welche bei der Eröffnung des Reichstages vom Kaiser Selbst so feierlich inaugurirt und damit mit allen Bürgschaften einer gründlichen Erwägung und Vorbereitung umgeben war.

Hierin dürfte in mehr als einer Richtung ein beherzigenswerther Fingerzeig liegen.

W. T. B. meldet aus **Petersburg** vom heutigen Tage:

„Auf hier eingezogene Erkundigung, ob Kaiser Alexander im Juli eine Kur in Ems gebrauchen würde, wird hier versichert, daß von einem solchen Entschlusse nichts verlautet."

Die Annahme des Gesetzentwurfs über das Gütertarifwesen im Bundesrath ist mit 33 gegen 19 Stimmen erfolgt.

Aus **Baiern**, 17. Juni, wird uns geschrieben: Das Projekt einer Wiederherstellung der alten Handelsstraße von Italien über den Brenner und Innsbruck nach Augsburg und das westliche Deutschland durch eine Ueberschienung des Fernpasses bildet schon seit einem Dezennium ein stehendes Kapitel in den Verhandlungen württembergischer und bairischer Interessenkreise, insbesondere der Handelskammer des bairischen Regierungsbezirks Schwaben und Neuburg. In dem unlängst erschienenen Ministerialbescheid auf den Bericht der erwähnten Handelskammer pro 1877 — Berichterstattung und Bescheid haben sich Zeit gelassen — ist des Fernbahnprojekts neuerdings gedacht. Es heißt hier: „Das Fernbahnprojekt wird von der königlichen Staatsregierung nicht aus den Augen verloren; weitere Schritte indeß hängen, wenn auch die Vorzüge und Bestrebungen, welche mit dem vormürfigen Projekte in Verbindung stehen, mit Interesse verfolgt werden, von der für die nächste Zeit kaum anzunehmenden Voraussetzung ab, daß die Frage einer Abweigung der Brennerbahn von Innsbruck in westlicher Richtung der Entscheidung würde näher gerückt werden." — Ob die abwartende Stellung, welche hiernach die bairische Regierung auch ferner noch einzunehmen gedenkt, angezeigt ist oder nicht, ist jedoch neuerdings keine nur Baiern oder den Regierungsbezirk Schwaben allein interessirende Frage mehr.

Bekanntlich beruht die Rechnung, daß die einzuführenden Getreidezölle vom Ausland, u. A. von Oesterreich-Ungarn getragen werden müssen, darauf, daß die Getreidetrains eine Zwangsroute durch Deutschland haben, wenn sie die Konsumtionsgebiete der Schweiz 2c. erreichen wollen. Diese Rechnung würde zum Theil hinfällig, wenn Oesterreich sich in der That durch Anlegung neuer Linien vom deutschem Transit emanzipiren könnte, und es ist eine sehr erklärliche Stimmung, welche gegenwärtig in Oesterreich jedes Projekt populair macht, wenn es nur diesem Zweck zu dienen scheint, mag daselbe sich auch sonst nicht zur Durchführung eignen. So gewinnt das Arlbergbahnprojekt neuerdings wieder Gestalt, obgleich selbst enorme Kostspieligkeit und dessen thatsächliche Untigen Nachtheile gegenüber dem Fernbahnprojekt wiederholt überzeugend nachgewiesen worden sind, (im vorigen Jahre von A. Memminger in dessen Broschüre: die Alpenbahnen und deren Bedeutung für Deutschland und Bayern) und deren besonderer Beziehung auf Gotthard. Brenner, Arlberg, Fern, welcher die Differenz zwischen den Baukosten der Arlberg- und Fernbahn auf 70 Mill. Mark veranschlagt. Fast als Antwort auf die bairische Mißstimmung erschien jüngst die Nachricht durch die österreichischen Blätter, daß in Oesterreich der Bau der Arlbergbahn um jeden Preis beschlossene Sache sei.

Soviel ist jedenfalls sicher, daß das Fernbahnprojekt österreichischerseits keine Förderung in nächster Zukunft zu erwarten hat. Ob in dieser Lage ein Abwarten auf bairischer Seite die richtige Politik ist, oder ob nicht vielmehr auf alle Fälle die Verbindung der Grenzstadt Füssen mit den Endpunkten des Eisenbahnnetzes bei Dorndorf oder Landsberg anzustreben sei, um die Interessen in Innsbruck stark vertretenen, aber gegenwärtig durch die Arlberg-Bezeitterung unterdrückten Fernbahnsympathien als Bundesgenossen zu erhalten und aufzumuntern, wird vielfach erörtert. Es liegt hier einer der Fälle bairischer Eisenbahnpolitik vor, welche Erwägen, dem in Baiern sonst wenig beliebten Reichseisenbahnprojekt Anhänger zu werben.

Wie die Prozeßverhandlungen über die **Bombenaffaire** vom 18. November v. J. ergeben, hat die Internationale in Florenz eine wohlgegliederte Organisation. Sie ist nach den Stadtbezirken in Sektionen getheilt, über welche Listen geführt werden. Die Sektionen versammeln sich in bestimmten Lokalen. Beziehungen zu den Internationalisten anderer italienischer Städte sind nachgewiesen worden.

Wie der Wiener „Pol. Corr." aus Paris gemeldet wird, hätte das französische Gouvernement sich veranlaßt gefunden, über die vom italienischen Ministerpräsidenten Herrn Depretis in der italienischen Deputirtenkammer bei der letzten Debatte über die Eisenbahnlinie Cuneo-Nizza gemachten Aeußerungen bezüglich Nizzas in einer an den französischen Botschafter in Rom gerichteten Note Aufklärungen zu erbitten.

In der heutigen (62.) Plenarsitzung des **Reichstags**, welcher der Reichskanzler Fürst von Bismarck schon vor Beginn derselben beiwohnte (zu seiner Seite befindet sich der Präsident der Reichsbank v. Dechend, welcher als Regierungskommissar bei Verhandlung der Interpellation betr. die Aenderung der Münzgesetzgebung fungirt) begründete zunächst die bezügliche Interpellation der Abg. Dr. Delbrück, welcher die Tribüne des Hauses bestiegen, nachdem auf Anfrage des Präsidenten v. Seydewitz der Reichskanzler Fürst v. Bismarck sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit erklärt hatte. Inzwischen hatten sich die Plätze an den Tischen des Bundesraths erheblich gefüllt. Der Interpellant betont, daß es, nachdem die Frage vor Europa in der von ihm des Näheren geschilderten Weise erörtert, eine unabweisbare Nothwendigkeit sei, daß die Reichsregierung sich über ihre Stellung äußere, so wenig die Frage sonst zur Erörterung im Hause, da dieselbe nur die Operationen der Regierung stören könnte, geeignet erscheinen möchte. Der Reichskanzler Fürst v. Bismarck erklärt zunächst, daß man zweifelhaft sein müsse, wer der Adressat sei, an den die Interpellation gerichtet sei, da der Ausdruck „Regierung" in der Verfassung nicht existire. Die Absicht der verbündeten Regierungen aber kenne er nicht und habe sie zu sondiren keine Veranlassung gehabt. Seinerseits könne er es nicht für müßig halten, den hochwichtigen Gegenstand hier beiläufig zur Sprache zu bringen. Wenn der Vorredner erklärt habe, daß es die Absicht der Interpellanten gewesen sei, schon vor einigen Wochen die Frage zur Sprache zu bringen, daß sie dieselbe aber aufgegeben hätten um der Regierung keine Schwierigkeiten zu bereiten, so sei diese Erwägung eine sehr weise gewesen. Inzwischen hätte sich aber in der Sache nichts weiter geändert, als daß in einem ausländischen Parlamente die Sache verhandelt sei. Der Herr Interpellant, der der Regierung so nahe stehe, hätte so leicht privatim von der Regierung Auskunft erhalten können, und deshalb halte er die Interpellation für nicht wohl überlegt (Widerspruch.) Wie solle er nun die Zweifel aus dem Wege schaffen? Unmöglich könne er doch im Namen Anderer und für alle Zukunft eine einfach verneinende Antwort geben. Er könne der Interpellation nur die Thatsache gegenüberstellen, daß weder die Bundesrathe, noch im preußischen Ministerium, überhaupt von keiner Seite bislang die Frage berührt sei. Den Krystallisationspunkt der ganzen Gegende bilde sein (des Reichskanzlers) an den Herrn Bankpräsidenten gerichtetes Ersuchen, mit dem Silberverkauf einzuhalten, weil er die Verantwortung der großen Verluste bei den Silberverkäufen nicht ferner habe tragen wollen. Er habe beabsichtigt, die Thatsachen dem Reichstage in nächster Session vorzuführen und dessen Beschlüsse herbeizuführen. An diese Inhibirung habe sich dann zunächst ein Mißverhältniß bezüglich Finanzfragen geknüpft, welche bei den Silberverkäufen interessirt seien. Unmöglich könne er doch, ohne die Interessen des Reiches zu schädigen, die Erklärung abgeben, daß wir nie zur Silberwährung übergehen werden. Welchen Erfolg müßte das haben! Wiederholt betonte der Reichskanzler, daß im gesammten Bundesrath und im preußischen Ministerium die Frage durchaus nicht berührt sei. Im Uebrigen berube ja die ganze Angelegenheit auf Gesetz und könne ohne Zustimmung des Reichstages nicht geändert werden. Bankpräsident v. Dechend führte aus, daß, nachdem bis Oktober vorigen Jahres bei den Silberverkäufen sich ein Verlust von ca. 65 Millionen ergeben, in den letzten Monaten, seit Oktober 1878 bis Mai 1879, ein neuer Verlust von 17 Millionen hinzugetreten sei und da nach diesen Vorgängen ein weiterer Verlust von 90 bis 100 Millionen zu besorgen gewesen, so habe er dem Herrn Reichskanzler den Rath gegeben, die Silberverkäufe zu sistiren. Die Besolgung dieses Vorschlags hätte auch bereits eine Steigerung des Silberpreises von 6 pCt. zur Folge gehabt. Auf Antrag der Abg. Bamberger entscheidet sich darauf die Anzahl von 50 Mitgliedern (es war anfangs fraglich, ob sich wirklich so viel Mitglieder erheben hätten, als die Geschäftsordnung vorschreibt) für die Besprechung der Interpellation. Abg. Dr. Bamberger sucht in eingehender Darlegung die loyalen Absichten der Interpellanten nachzuweisen; im Uebrigen sucht er des Ausführlichen nachzuweisen, daß materiell ein Unterschied zwischen der jetzigen Währungsform und der bisherigen Silberwährung identisch sei. Präsident des Reichskanzler-Amts Hofmann stellt seine persönlichen vermittelnden Beziehungen zu den Interpellanten bezüglich der Frage über das Eintreten der Interpellation richtig. Der Abg. Bamberger konstatirt Anerkennung genommen. Abg. v. Kardorff hält die Frage der Münzwährung für eine sehr schwierige. Eine definitive Entscheidung über unsere Stellung zu der Frage der Doppelwährung hänge von dem Verhalten der lateinischen Münzkonvention ab; jedenfalls sei das derzeitige vorsichtige Verhalten der Reichsregierung durchaus gerechtfertigt. Nach einer persönlichen Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Dr. Delbrück und dem Präsidenten Hofmann nimmt bei Schluß der Redaktion der Abg. Schröder (Lippstadt) — ein alter Gegner der Goldwährung — das Wort.

Die in Yokohama erscheinende **„Japan Weekly Mail"** vom 26. April schreibt:

„Se. kaiserlich deutschen Majestät Schiff „Leipzig" machte heute Morgen zur Abreise fertig. Es segelt nächsten Montag von hier nach Hongkong weiter, wo es Nachricht von der Ankunft des „Prinz Waldbert" in Yokohama abwarten will. Von Hongkong geht es dann über das Kap der guten Hoffnung heimwärts. Wir machen uns nur zum Dolmetscherdienst Empfindung Jedermanns hierselbst, wenn wir dem Schiff glückliche Reise wünschen. Kapitän Paschen und seine Offiziere werden in jeder Hinsicht sehr vermißt werden. Ihre unabänderliche Höflichkeit und Freundlichkeit, ihr gewinnendes Benehmen bei unseren gelegentlichen Zusammenkünften und die dem angemessene Haltung ihrer vortrefflichen Mannschaft werden so leicht nicht vergessen sein, und wir können nur hoffen, daß ihr Aufenthalt in unserer Mitte ihnen selbst ebenso angenehm gewesen sein möge, als uns insgesammt.

Der zur Ablösung der „Leipzig" bestimmte „Prinz Waldbert" befindet sich jetzt an der Westküste Amerikas, und seine Ankunft hierselbst via Sandwich-Inseln wird Anfangs Juli erwartet. Prinz Heinrich, zweiter Sohn des Deutschen Kronprinzen und Enkel der Königin Victoria, ist auf diesem Schiffe Unterlieutenant."

Rundschau im Auslande.

Die durch Deutschlands Eingreifen wieder in rascheren Fluß gerathene **egyptische** Frage scheint eine abermalige Beschleunigung ihres Entwicklungsganges erfahren zu sollen. Wenigstens geht aus Alexandrien via London die Nachricht ein, daß der dortige französische Konsul sich gestern nach Kairo in das vicekönigliche Palais begeben und daselbst erklärt habe, die französische Regierung verlange die Absetzung des Khedive. Mit dieser Forderung würde das französische Kabinet die Politik der Zurückhaltung verlassen, welche es sich in den auswärtigen Affairen seit geraumer Zeit auferlegt hatte, wobei wir zunächst dahingestellt sein lassen können, ob dieser neueste Schachzug des Kabinets Waddington nur ad hoc geschehen ist oder den integrirenden Bestandtheil eines systematischen Planes bildet. Jedenfalls ist die in Rede stehende Maßregel zu charakteristisch, als daß man bei ihr etwa an eine Improvisation, an die Eingebung eines Augenblicks denken sollte. Auch finden sich in den letzten Nummern der größeren politischen Pariser Preßorgane Andeutungen, welche die Vermuthung begünstigen, daß die Regierung ihr Spiel in Egypten bei Zeiten geordnet habe. Das „Journal des Debats", dem bekanntlich intime Beziehungen zu Herrn Waddington nachgesagt werden, bedauert in einer umständlichen Darlegung, daß mit den Protesten der europäischen Mächte für den Austrag des schwebenden Differenzpunktes eigentlich nichts gewonnen sei. „Sunt verba et voces." „Das hundertmal gebrochene Wort" der egyptischen Regierung wollen die „Debats" nicht für ernst nehmen. Wenn der Khedive sich allen Ernstes unterwerfen wolle, so müsse er die Beschlüsse der Enquetekommission rückhaltlos adoptiren. Belagte Beschlüsse gipfelten, wie man weiß, in der Erklärung, daß die Beibehaltung der europäischen Minister, sowie der mit dieser Institution verbundenen Garantien die Grundbedingung der Durchführung eines jeden Finanzplanes, und das einzige Unterpfand wären, welches einen Erfolg sicherte. Wenn diese Darlegung den Anschauungen des französischen Kabinets entspricht, so kann man sich ungefähr denken, welchen Umfang das Rundschreiben des Khedive in Paris gefunden haben wird, auch wenn die „Agence Havas", und zwar in Form eines vom. 16. d. Mts. datirten Konstantinopeler Telegramms, nicht zu verstehen gäbe, „daß die dortigen diplomatischen Kreise das Rundschreiben des Khedive wohl als eine Deutschland gegebene, aber keineswegs für Frankreich und England hinreichende Genugthuung" betrachteten.

Daneben setzt die französische Diplomatie ihre Thätigkeit auf einem anderen Punkte des Orients konsequent fort. Der Wiener, in der Regel gutunterrichtete Korrespondent der „Indep. Belge" telegraphirt seinem Blatte eine Analyse des zweiten, von Herrn Waddington in der griechischen Grenzfrage erlassenen Rundschreibens. Herr Waddington, indem er sich auf sein früheres Rundschreiben bezieht, betont zunächst, daß die französische Regierung die Form einer Konferenz nicht deshalb empfohlen habe, um den Beschlüssen der Mächte mehr Feierlichkeit zu geben, sondern im Interesse einer Lösung selbst. Die Depesche bestebt in der Folge auf der Nothwendigkeit, die Einheit der Aktion der Mächte zu sichern, und schlägt demgemäß vor, daß sich die Bevollmächtigten zunächst bei Einem aus ihrer Mitte versammeln sollen, um sich zu verständigen und die im gemeinschaftlichen Einverständniß gefaßten Beschlüsse in einer Form, wie sie für angemessen erachtet wird, den Betheiligten vorzulegen. Herr Waddington fügt hinzu:

„Welche Form des Vorgehens auch den Mächten beliebem möge, so scheint uns doch das Resultat der Berathungen vor Allem von der Einheit der Ansichten abzuhängen und wir betrachten es als eine der wesentlichsten Bedingungen der Mediation, daß die Vertreter der Mächte in ihren Beziehungen mit den bevollmächtigten Griechenlands und der Türkei kollektiv im Namen der Kabinete handeln, die vom Kongreß berathene Linie zu befestigen und zu befestigen, indem sie die hellenische Grenzfrage regeln".

Das „Journal de St. Petersbourg" nimmt an, daß die Rückkehr des in Konstantinopel beglaubigten französischen Botschafters Herrn Fournier auf seinen Posten von Einfluß auf die Gestaltung des griechisch-türkischen Streites sein werde. Schon die nächste Zukunft werde zeigen, ob Herr Fournier noch den „unwiderstehlichen" Einfluß beim Sultan und seinen Rathgebern besitze, den ihm seiner Zeit der Konstantinopeler Korrespondent des „Pester Lloyd" zuschrieb. Was letzteren Punkt betrifft, so scheint das Pester Blatt jetzt selber einigermaßen zweifelhaft. Es bespricht in seiner neuesten Nummer die Rückkehr des Herrn Fournier, den es der „camaraderie" mit den Russenfreunden bezüchtigt, in wenig sympathischem Tone, und scheint von der geheimen Besorgniß nicht frei, daß der französische Diplomat der Unbefangenheit gegenüber fremden Bestrebungen an die Adresse der Pforte sein könnte.

Die Situation in den **türkischen** Regierungskreisen fährt fort, so unerquicklich als nur möglich zu sein. Es gehen die kompromittirendsten Dinge am Goldenen Horne vor. Der Konstantinopeler Korrespondent der „N. Fr. Pr." schreibt darüber:

„Vor einiger Zeit meldete ich Ihnen von dem Ausbruche eines Zerwürfnisses zwischen dem Seraskier Osman Pascha und Fuad Pascha, der damals Kommandant des hauptstädtischen Armeekorps war. Osman hatte Fuad, den er beseitigen wollte, für ein Militärkommando in Arabien vorgeschlagen; Fuad aber, dessen Vater im Palais eine einflußreiche Stellung einnimmt, war zum Sultan gegangen und hatte es durchgesetzt, daß Abdul Hamid ihn zum Mitgliede des Kriegsrathes ernannte. Nun steigerte sich die Feindseligkeit der beiden Männer, und eines Tages begab sich Osman Pascha zum Sultan, um ihm zu erklären, daß Fuad ein destruktives Element im Kriegsrathe bilde und nicht länger in demselben verbleiben dürfe, weil sonst einige Mitglieder des Kriegsrathes entschlossen wären, ihre Entlassung einzureichen. Fuad, der dies vernahm, ging nun seinerseits in das Palais, protestirte gegen die Verdächtigungen Osman's und forderte die Einsetzung einer Jury zur Entscheidung über den Zwist zwischen ihm und dem Seraskier. Er fügte hinzu, daß er Beweise in Händen hätte, welche darthäten, daß Osman Pascha im Verein mit seinem Bruder Ismail Pascha, dem Präsidenten des Kriegsrathes, große Unterschleife begangen habe. Der Großvezier, der dem Seraskier nicht grün ist, versuchte trotzdem, zu intervenireu und die Sache zu vertuschen; allein Fuad bestebt darauf, daß das Ministerium sich als oberster Gerichtshof konstituire und die Beweise prüfe, die er beibringen werde, um zu zeigen, daß Osman und Sami den Staat betrogen haben. Man wird dem von Fuad begehrten Verfahren schwerlich ausweichen können. Fuad genießt in Konstantinopel allgemeine Achtung, aber er gilt für einen Hitzkopf; es ist daher ganz wohl möglich, daß seine Anklage sich als unbegründet erweist. Andererseits aber spricht der Umstand, daß Osman ihn um jeden Preis aus der Dardi-Schar (Kriegsrath) verdrängen wollte, zu seinen Gunsten. Osman bin wiederum ist längst nicht mehr populair, und der Sultan hegt einen stillen Groll gegen ihn, weil er seine Tyrannei nur schwer ertragen kann. So liegt es denn innerhalb der Möglichkeit, daß Osman zur Rechenschaft gezogen wird, und es möchte ein trauriges Schauspiel werden, wenn der „Löwe von Plewna" seine Laufbahn als Verbrecher beschließen sollte."

Dem Wiener „Frdbl." zufolge ist die Ankunft des Fürsten Alexander von **Bulgarien** in Varna jetzt definitiv auf den 25. Juni festgesetzt. Am 27. wird der Fürst in Rustschuk erwartet, von wo er sich nach Tirnova begiebt. Nach zweitägigem Aufenthalt in der alten bulgarischen Hauptstadt reist der Fürst nach Sofia, wo die Uebergabe der Regierung durch General Kresser erfolgen soll. Die Prager „Bohemia" vermutet, daß der zum Gouverneur von Burma ernannte Balabanow den Fürsten von Bulgarien bei der Betretung des bulgarischen Bodens begrüßen werde. Herr Balabanow war ein Mitglied der bulgarischen Deputation, welche im Jahre 1876 die europäischen Hauptstädte besuchte, und auch während des Kongresses hier anwesend war.

Der **serbisch**-bulgarische Grenzstreit hart noch immer seiner Erledigung. Privatim erfährt die „N. Fr. Pr." unterm 17. d. M., daß ein Generaladjutant des russischen Kaisers in Belgrad angekommen und beim Metropolitan Michael abgestiegen sei. Minister Ristic sei von demselben sehr kühl empfangen worden und habe den Adjutanten des Kaisers sehr deprimirt verlassen. Den ganzen Tag spielte der Draht zwischen Nisch und Belgrad.

In der **zisleithanischen** Hälfte der **österreichisch-ungarischen** Monarchie haben zeitweilig die vor der Thüre stehenden Abgeordnetenwahlen den Blick zum Theil von den Fragen auswärtiger Politik abgelenkt und auf die Interessen der inneren Politik konzentrirt. Man nimmt an, daß in Niederösterreich der status quo werde erhalten bleiben. In den Landbezirken Oberösterreichs gilt der Sieg der konservativen Kandidaten für gesichert. Tirol, Vorarlberg und Salzburg dürften der Verfassungspartei wohl verloren gehen. In Böhmen hängt der schließliche Erfolg von der Haltung des Tschechenthums ab. In Galizien scheint das national-polnische Element Fortschritte zu machen. Eine nicht ganz unwesentliche Rolle dürfte der Zufall, persönliche Sympathien und Antipathien spielen; wie es denn überhaupt nicht ganz leicht hält, aus den oft verworrenen und einander widersprechenden Zeitungsdaten ein zutreffendes Bild der Wahlbewegung zu gewinnen.

Ein offiziöses Communiqué der „Pol. Corr." ertheilt den Alarmgerüchten betreffs Novibazars ein wiederholtes und verstärktes Dementi. Dem „Pester Lloyd" wird aus Wien telegraphirt, ein definitiver Beschluß hierüber hänge von der Entscheidung der militairischen Kommission ab, die an Ort und Stelle zusammentreten solle und für die heute nicht einmal die Delegirten designirt seien.

Die in Konstantinopel weilenden **mohamedanischen Flüchtlinge** aus Bosnien, welche daselbst eine Adresse an die Mächte kolportirten, in der Beschwerden über die österreichisch-ungarische Verwaltung in Bosnien erhoben wurden, haben, wie dem Wiener „Frdbl." aus Konstantinopel berichtet wird, auf die Abfassung des famosen Schriftstückes, in welchem auch die Erlegung der österreichischen Truppen durch die andere Mächte verlangt wurde, verzichtet. Wahrscheinlich hat man, wie das Blatt meint, ihnen die gänzliche Nutzlosigkeit der übrigens sehr kläglich ausgefallenen Demonstration begreiflich gemacht."

Die gegen den aufständischen Kabylenstamm in Algerien operirende **französische** Kolonne hat sich des Zentralpunktes des Insurrektionsgebietes, der Ortschaft Chammam, bemächtigt. Jedoch ist es den Anstiftern der Bewegung gelungen, in unbekannter Richtung zu entkommen, trotzdem, wie es hieß, französischerseits alle Maßregeln getroffen waren, die Flucht zu verhindern.

Nach einer der „Pol. Korr." aus Kopenhagen zugehenden Meldung ist der bisherige dortige französische Gesandte, Mr. Tiby, zum Gesandten der französischen Republik im Haag ernannt worden. Zu seinem Nachfolger am dänischen Hofe ist Graf Croy, zuletzt Botschaftssekretair in Rom, ernannt worden.

Aus **Baden** in der **Schweiz** wird der „Allg. Ztg." unterm vorgestrigen Datum geschrieben, daß in der dortigen neuen Kurhausanstalt die Ratifikationsurkunden des im vorigen Jahre abgeschlossenen Vertrags über die St. Gotthardbahn zwischen Deutschland (vertreten durch den deutschen Gesandten in Bern, General v. Röder), Italien (vertreten durch Senator Melegari) und der Schweiz (vertreten durch Bundesrath Welti) ausgewechselt wurden.

Die **Niederlande** befindet sich schon seit ziemlich langer Zeit im Zustande einer latenten